

Weltmarktöffnung und Arbeiterklasse in China

China ist in den Schlagzeilen. Angesichts der unsicheren und krisenhaften Wirtschaftsentwicklung in den kapitalistischen Zentren erscheint das Land mit seinen hohen Wachstumsraten und seinem großen Marktpotential wie ein Sicherheitsventil für die globale Kapitalverwertung. Kaum berichtet wird hingegen über die Klassengegensätze und -auseinandersetzungen auf dem Weg Chinas in den Kapitalismus – weder über die Verhältnisse in chinesischen Betrieben noch über die manchmal massiv aufflammenden Streiks und Protestbewegungen.

Durch die zentrale Rolle des Landes als Niedriglohnbasis für eine wachsende Zahl von wichtigen Produktionsbranchen treten in den westlichen Ländern zunehmend die Auswirkungen der »Standortkonkurrenz« mit China in den Vordergrund. Spürbar ist dies nicht nur in jenen Branchen, die traditionell von Billigimporten beherrscht werden, wie etwa die Bekleidungs- oder die Schuhindustrie, sondern auch in technologieintensiven Bereichen, wie der Informationselektronik oder bei den Automobilzulieferern. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie der heute wohl unumkehrbare Übergang Chinas zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen möglich war und ist, ohne zu jenem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zerfall zu führen wie in der ehemaligen Sowjetunion und vielen Ländern Osteuropas.

Wir müssen deshalb nach den sozialen und politischen Bedingungen der relativen gesellschaftlichen Stabilität Chinas im Zeichen seines gegenwärtigen kapitalistischen »Wirtschaftswunders« fragen. Neben einer genaueren Analyse der Ökonomie erfordert dies einen Blick auf die Veränderungen in der chinesischen Arbeiterklasse und die Politik der KP Chinas zur Beherrschung der tiefgreifenden sozialen Umbrüche. Darüber hinaus stellen sich grundsätzliche Fragen nach den Besonderheiten des früheren sozialistischen Entwicklungsweges Chinas und des chinesischen Kommunismus,

die von westlichen Linken in den letzten Jahrzehnten kaum beachtet oder verstanden wurden.

Wir wollen diese Fragen in der »Arbeiterpolitik« zum Thema machen und in nächster Zeit in loser Folge behandeln. Wir beginnen mit einem Überblick über die aktuelle Lage der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften in China unter den Bedingungen der beschleunigten kapitalistischen Modernisierung und die daraus erwachsenden politischen Fragen internationaler Solidarität.

Konturen des chinesischen »Wirtschaftswunders«

Die wirtschaftliche »Erfolgsstory« der kapitalistischen Modernisierung Chinas ist beeindruckend. Die jährlichen Wachstumsraten liegen seit Anfang der 1990er Jahre stets zwischen sieben und zehn Prozent, von 2002 bis 2010 soll das Sozialprodukt verdoppelt werden. Seit einigen Jahren ist China einer der größten Empfänger von ausländischen Direktinvestitionen – mit 53,5 Mrd. US-\$ im Jahre 2003 sogar die Nummer eins in der Welt. Diese werden keineswegs nur zum Ausbau von Billiglohnproduktion getätigt, das multinationale Kapital wird vor allem vom rasch wachsenden Binnenmarkt Chinas angezogen. China ist heute der am schnellsten wachsende Automobilmarkt der Welt (27% Marktwachstum allein 2003, VW z.B. bezog 2003 80% seines Konzerngewinns aus China), der größte Markt für PC und andere Computer und verfügt mit 310 Mio. Handys über die weltweit höchste Zahl von Mobilfunknutzern.

Die kaufkräftige Nachfrage ist zwar verglichen mit den USA, Japan und der EU noch gering (in etwa entsprechend der Italiens); die Kombination von niedrigen Produktionskosten und raschem Wachstum des Binnenmarktes macht China aber zu einem strategisch zentralen Standort für die globalisierte Industrieproduktion. Das Land verfügt über die nach Japan weltweit zweithöchsten Währungsreserven, mit

etwa 260 Mrd. US-\$ im Jahre 2002 etwa viereinhalbmals soviel wie die größte europäische Volkswirtschaft, die BRD. Aus ehemaligen Staatsbetrieben entstehende chinesische multinationale Konzerne, wie z.B. TCL, Haier oder Konka, expandieren rasch in Europa und Asien und werden – wie einst ihre Vorbilder aus Japan und Süd-Korea – als die Exportmacht der Zukunft gehandelt.

Die heutige Entwicklung ist Ergebnis der seit etwa 1978 vorangetriebenen schrittweisen Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen. Diese ging hervor aus den Auseinandersetzungen in Partei, Staat und Gesellschaft im Gefolge der Kulturrevolution und der »Entspannungspolitik« der Westmächte gegenüber dem sozialistischen Staatenlager, vor allem markiert durch den China-Besuch des US-Präsidenten Nixon 1971. Die wachsenden Schwierigkeiten mit der Mobilisierung der Massen »von oben«, die unter Mao Ze Dong die chinesische Gesellschaft beherrschte, begünstigten die Durchsetzung jener Kräfte in der KP Chinas, die stets eine Politik der schrittweisen wirtschaftlichen Entwicklung unter Ausnutzung materieller Anreize für die Werktätigen befürwortet hatten. Die Massendemonstrationen anlässlich des Todes des langjährigen Ministerpräsidenten Zhou En Lai 1976 signalisierten die breite Unterstützung städtischer Massen für eine solche Politik. Aufgegeben wurde mit dieser Wende zugleich die Vorstellung, der Sozialismus könne isoliert vom kapitalistischen Weltmarkt aufgebaut werden.

Die Liberalisierungspolitik war in der Landwirtschaft begonnen worden, zunächst mit der Auflösung der Volkskommunen und der schrittweisen Übertragung der Nutzungsrechte des Bodens an bäuerliche Familienbetriebe sowie der Zulassung gewinnorientierter kleiner Handels- und Produktionsunternehmen auf dem Land. In der Industrie wurden ab Ende der 1970er Jahre die Wirtschaftssonderzonen (SEZ) im Süden des Landes nahe Hong Kong eingeführt, in denen eine rasch wachsende Montageindustrie für den Weltmarkt mit ausschließlich privatem ausländischem Kapital entstand. Hier wurde erstmals in großem Umfang mit Methoden kapitalistischer Betriebsführung experimentiert, die ab Mitte der 1980er Jahre in chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen und zunehmend auch in chinesischen Staatsbetrieben angewandt wurden. Nach 1989, als die Zuffüsse ausländischen Kapitals infolge der Unruhen auf dem Pekinger Tiananmen-Platz vorüberge-

hend stockten, boten die SEZ den Rahmen für die massiven Investitionen auslandschinesischer Unternehmen aus Hong Kong und Taiwan. Diese bilden die Basis der heutigen Niedriglohnexportbranchen im Konsumgüterbereich.

Heute sind kapitalistische Produktionsstrukturen längst über die SEZ hinausgewachsen. Sie konzentrieren sich entlang der Ostküste, vor allem in den drei Megaregionen Beijing-Tianjin, dem Korridor Shanghai-Suzhou-Nanjing und dem so genannten Pearl River Delta (PRD) um die Städte Guangzhou, Shenzhen und Hong Kong. Alle diese Standorte sind Großstadtreionen mit einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur, oft auf hohem technologischen Niveau. Dabei stellt die PRD-Region allein etwa 30% der Exporte Chinas – mit etwa 20 bis 25 Millionen Industriearbeitern bildet sie die wohl größte in sich geschlossene Industrieregion der Erde. Shanghai entwickelt sich rasch zu einer Drehscheibe des multinationalen Industrie- und Finanzkapitals, in dem nach dem Vorbild Singapurs aufgebauten Stadtbezirk Pudong sind 150 der weltweit 500 größten Konzerne ansässig. Den Großstädten des Ostens folgen inzwischen weitere, eher traditionell strukturierte Industriemetropolen im Innern wie z.B. Wuhan, Chongqing oder Xian. Zwischen all diesen Regionen herrscht eine massive Standortkonkurrenz, die von den örtlichen Partei- und Staatsbürokratien im Bündnis mit »ihren« jeweiligen Unternehmen und Branchen vorangetrieben wird.

Kapitalistische Wirtschaft – kapitalistische Krisen

Im Zuge dieser Entwicklung ist eine Wirtschaftsstruktur entstanden, die heute überwiegend privatwirtschaftlich geprägt ist. Staatsbetriebe traditionellen Zuschnitts gibt es nur noch wenige. Sie wurden bereits seit Ende der achtziger Jahre schrittweise aus der zentralen staatlichen Wirtschaftsplanung »entlassen« und in privatrechtlich organisierte Unternehmen mit staatlichen Besitzanteilen umgewandelt. Dieser Prozess erhielt mit dem Beitritt Chinas zur WTO 2001 seine internationale vertragliche Bestätigung und läutete die letzte Runde der Privatisierungen ein.

Der beherrschende Unternehmenstyp ist heute der Betrieb mit mehrheitlich staatlichem Eigentum (SOE), der aber überwiegend nach unternehmerischen Gewinnkriterien geführt wird. Staatliche Stellen haben durch Kapitalbeteiligungen, Vorstandsposten, und die betriebliche Parteiorganisation der KP weiterhin Einfluss auf die Unternehmenspoli-

Anzahl der Industriebetriebe nach Eigentumsform (in Tausend, englische Abkürzungen)

	1986	1990	1995	1999
Staatlich/öffentlich				
Staatsigentum (SOE)	96,8	104,4	118,0	61,3
Genossenschaftlich (COE)	1823,0	1668,5	1475,0	1659,2
Stadtbezirke und Dorfgemeinden (TVE)	15153,0	18504,0	22026,7	20709,0
Privat				
Aktiengesellschaften (SHE)			5,9	14,2
Nicht-Aktiengesellschaften (POE)	4784,5	6176,0	5688,2	6126,8
Auslandsbesitz (Incl. Hongkong, Taiwan)			54,0	62,3
Sonstige	2,4	8,8	60,3	91,8

Quelle: Taylor, B./Chang, K./Li, Q.: Industrial Relations in China. Cheltenham 2003. Nach Daten China Statistical Yearbook

tik, die Betriebe werden aber zunehmend privatisiert oder in Aktiengesellschaften umgewandelt. Ähnlich verhält es sich in Betrieben im Eigentum von Genossenschaften (COE) und Stadtbezirken und Dorfgemeinden (TVE – zumeist Kleinbetriebe). Unternehmen in ausschließlich privater Eigentümerschaft sind der am schnellsten wachsende Bereich. Dabei hat seit 1995 vor allem die Zahl der Aktiengesellschaften auf Kosten der Betriebe im Staatseigentum zugenommen sowie die Zahl der Betriebe mit mehrheitlich ausländischen Kapitalanteilen. Der Bereich der privaten Nicht-Aktiengesellschaften umfasst Betriebe aller Größen bis hinunter zum verarmten städtischen Klein- und Straßenhandel (ihre Zahl ist vermutlich weit größer, da viele Kleinbetriebe nicht registriert sind).

Das Wirtschaftswachstum wird seit einigen Jahren massiv durch die Wirtschaftspolitik angekurbelt, u.a. durch staatliche Investitionen in Infrastrukturprojekte, eine antizyklische Ausgabenpolitik nach Keynes'schem Muster und einen niedrigen Außenwert der Währung durch die Bindung des Renminbi an den US-Dollar. Diese Wachstumspolitik ist aber auf Dauer nicht durchzuhalten. In den modernen privatkapitalistisch organisierten Sektoren der chinesischen Wirtschaft zeichnen sich inzwischen deutliche Krisentendenzen ab, vor denen die China-Analysten der internationalen Großfinanz eindringlich warnen. In Branchen wie der Automobil- und IT-Industrie werden erheblich geringere Wachstumsraten vorhergesagt, zudem verlieren ausländische Konzerne aufgrund der starken Konkurrenz chinesischer Firmen Marktanteile. Offiziell spricht die chinesische Regierung bereits seit Anfang 2003 von einer »Überhitzung« wichtiger Industriesektoren. Verantwortlich hierfür seien die Überinvestitionen durch die massiven Anstrengungen von Stadt- und Provinzregierungen zum Aufbau von Industrieparks, Infrastruktur und eigenen Unternehmen.

Diese »hausgemachten« Faktoren werden indes zum Problem, weil das Wachstum von Export und Auslandsinvestitionen in den letzten Jahren stark durch die Krise in den entwickelten kapitalistischen Ländern und die damit verbundenen Produktionsverlagerungen getrieben wurde. Kommt der ausländische Kapitalstrom ins Stocken, werden in China die Konturen typisch kapitalistischer Krisenerscheinungen zum Tragen kommen, nämlich die Überakkumulation von Kapital im Verhältnis zu den vorhandenen Verwertungsmöglichkeiten. Eine große Gefahrenquelle ist der Finanzsektor, der heute das Wachstum von Investitionen und Konsum großzügig und mit geringer Kontrolle finanziert. Der Anteil »fauler« Kredite beträgt nach Schätzungen internationaler Bankenkreise etwa 600 Mrd. US-\$, entsprechend etwa 40 – 50% des Bruttosozialproduktes (FAZ 25.2.2003).

Herausbildung einer modernen Arbeiterklasse

Die mit der Weltmarktöffnung vorangetriebene industrielle Entwicklung Chinas erzeugt eine massive Umwälzung in den Klassenverhältnissen, die sogar als die größte in der neueren Geschichte bezeichnet wird (so der britische Historiker Eric Hobsbawm). Sie wird vorangetrieben durch die Verwandlung bedeutender Teile der Bauernschaft in Arbeitsmigranten (z. Zl. etwa 150 Millionen). Das übergreifende Element dieses Prozesses ist die Umwandlung Chinas von einem Agrar- zu einem Industrieland. Beschäftigte der Agrarsektor gegen Ende der 1970er Jahre noch über 80% der Arbeitsbevölkerung, so heute nur noch etwa die Hälfte. Der Anteil

der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahre 2002 noch 15,4%, genau halb so viel wie 1980 (30,4%). Demgegenüber stellt die verarbeitende Industrie heute über 50% des Bruttosozialproduktes und gut 21% der Beschäftigten. Sehr stark gewachsen ist auch der Dienstleistungssektor, der heute sogar einen höheren Anteil an der Gesamtbeschäftigung ausmacht als die Industrie.

Das zweite wesentliche Moment dieser Entwicklung ist die Verlagerung der Beschäftigung vom Staats- in den Privatsektor, vorangetrieben durch die Rationalisierung, Umstrukturierung und Privatisierung von Staatsbetrieben. Seit Mitte der 1990er Jahre ist dieser Prozess auf breiter Front in Gang gekommen. Staatliche Betriebe sind zwar immer noch die bedeutendsten Arbeitgeber, die Zahl der Beschäftigten ist aber seit 1990 erheblich geschrumpft. Im Jahre 2000 beschäftigten Unternehmen im Staats- oder Kollektiveigentum (SOE bzw. COE) etwa 96 Millionen, private oder halbprivate Großunternehmen (Aktiengesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen, SOE, kleine Privatfirmen, POE, sowie ausländische Firmen) gut 72 Mio. Arbeitskräfte. Dabei finden sich auch unter den staatlichen Unternehmen eine große Zahl von de facto Privatunternehmen, insbesondere im Bereich der Unternehmen von Stadtbezirken und Dorfgemeinden (TVE). Sehr stark gewachsen ist auch der Bereich der kleinen Privatbetriebe und der selbstständig Beschäftigten, oft mit prekären Arbeitsverhältnisse (ca. 48 Mio. im Jahr 2000). Diese Umstrukturierung haben sich in den letzten Jahren noch erheblich beschleunigt, nicht zuletzt durch den WTO-Beitritt Chinas.

Die Probleme der massiven Freisetzung von Arbeitskräften und der nach wie vor vorhandenen ländlichen Überbevölkerung sollen durch die Politik des forcierten Wirtschaftswachstums bewältigt werden. Das chinesische Arbeitsministerium rechnet für die nächsten Jahre mit etwa 12 – 13 Mio. Arbeitslosen pro Jahr aufgrund von Entlassungen, denen etwa 8 Mio. neue Jobs gegenüber stehen sollen. Hinzu kommen etwa 150 Mio. überzählige Arbeitskräfte auf dem Land. Auf diesem Hintergrund wird mit einer jährlichen Arbeitslosigkeit von etwa 20 Mio. gerechnet (Renmin Ribao, 30.4.2002). Offiziell beträgt die Arbeitslosigkeit etwa 4% der

Sozialprodukt und Beschäftigung in China nach Sektoren (in Prozent)

	1970	1980	1990	2002
Anteil am BSP				
Landwirtschaft	40	30	28	15,4
Industrie	46	49	43	51,1
Dienstleistungen	13	21	29	33,5
Anteil Beschäftigung				
Landwirtschaft	81	69	60	50,0
Industrie	10	18	21	21,4
Dienstleistungen	9	13	17	28,6
Anteil der ländlichen Bevölkerung	83	81	72	61
China Statistical Yearbook 2003				

Nicht-Landwirtschaftliche Beschäftigung nach Unternehmenstyp (Millionen)				
	1985	1990	1995	2000
Staatlich/öffentlich				
Staatseigentum (SOE)	89,90	103,64	112,61	81,02
Genossenschaftlich (COE)	33,24	35,49	31,47	14,99
Stadtbezirke und Dorfgemeinden (TVE)	69,79	92,65	128,62	128,20
Privat				
Aktiengesellschaften (SHE) und Staatlich-private Gemeinschaftsunternehmen	38,00	96,00	56,17	54,99
Nicht-Aktiengesellschaften (POE)			4,85	12,68
Auslandsbesitz (incl. Hongkong, Taiwan)	0,60	0,66	5,19	6,42
Individuell Beschäftigte	4,50	6,14	15,60	21,36
Sonstige		2,00	1,00	27,00
Quelle: Taylor u.a., a.a.O.				

Erwerbsbevölkerung, sie muss aber nach zuverlässigen Einschätzungen aus China real wesentlich höher, auf etwa 10% geschätzt werden.

Die Umschichtungen in den Klassenstrukturen haben einen widersprüchlichen Charakter. Einerseits kommt es zu massiver Arbeitslosigkeit und sozialer Entwurzelung, vor allem unter den Arbeitskräften des ehemaligen Staatssektors. Auf der anderen Seite entsteht in raschem Tempo eine industrielle Arbeiterklasse auf technologischen und ausbildungsmäßigen Grundlagen, welche denen entwickelter kapitalistischer Länder durchaus vergleichbar sind. Auf dem Hintergrund einer wachsenden sozialen Polarisierung entstehen indes in großem Tempo städtische »Mittelschichten« mit hoher Konsumorientierung. Sie profitieren am stärksten von der Zunahme der städtischen Einkommen, die deutlich über den schon hohen Raten des gesamtwirtschaftlichen Wachstums liegen (zuletzt bei gut 13%). Diese Schichten werden auch von der Partei explizit oder implizit als neue soziale Basis für die Modernisierung der Gesellschaft gesehen, was sich auch in der vor etwa zwei Jahren vollzogenen Öffnung der Partei für Unternehmer und private Manager ausdrückt.

Ein wesentlicher Grund für die relative politische Stabilität Chinas ist die hochgradige Differenzierung der arbeitenden Bevölkerung und der neu entstehenden industriellen Arbeiterklasse. Die Arbeiterschaft in den niedergehenden Staatsbetrieben ist dabei nur eine, wenn auch politisch sehr wichtige Gruppe. Die städtische Arbeiterschaft war in ihren Lebensverhältnissen historisch deutlich besser gestellt als die Landbevölkerung. Allein das Leben in einem städtischen Umfeld mit zwar insgesamt relativ geringen, aber umfassenden und sicheren staatlichen Versorgungsleistungen (zumeist über die Betriebe) bildete ein relatives Privileg. Von 1955 bis etwa 1980 widerspiegelte dies die am sowjetischen Modell orientierte Industrialisierungspolitik, die auf einer Abschöpfung des landwirtschaftlichen Mehrproduktes zuungunsten der Bauernschaft beruhte. Der überwiegende Anteil der Staatsbeschäftigten ist heute von Einbußen des Lebensstandards und Entlassungen bedroht, allerdings finden sich auch Belegschaftskerne, die von einer »erfolgreichen« Umstrukturierung ihrer Betriebe profitieren können.

Die Spaltung zwischen Stadt und Landbevölkerung war in China seit den unmittelbaren Nachkriegsjahren im System der Haushaltsregistrierung (hukou) verankert, das unmittelbar nach Gründung der VR China zur Kontrolle der durch Warlord-Herrschaft und Bürgerkrieg entstandenen Wanderungsströme sozial entwurzelter Bevölkerungsschichten geschaffen wurde. Es basiert auf dem Prinzip, dass die einzelnen Bürger am Ort ihres Familienhaushaltes gemeldet sind und nur dort ihre staatsbürgerlichen und sozialen Rechte (einschließlich Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung und Schulbesuch) sowie ihre Parteimitgliedschaft wahrnehmen können. Eine Verlagerung der Haushaltsregistrierung an einen anderen Ort – vor allem vom Land in die Stadt – ist nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen möglich. Arbeitsmigranten haben folglich am Ort ihrer Beschäftigung keine sozialen und staatsbürgerlichen Rechte, faktisch also Gastarbeiterstatus. Diese Position einschließlich der z. T. massiven ethnischen und kulturellen Diskriminierung definiert die Existenzbedingungen der etwa 150 Millionen ArbeitsmigrantInnen – und ist auch ein Grund für das Nicht-Vorhandensein gewerkschaftlicher Vertretungen in den meisten Betrieben der Exportproduktion.

Die kapitalistische Modernisierung führt zur Verschärfung sozialer Widersprüche

Das politische Hauptproblem bei der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist die Privatisierung der Staatsbetriebe, die in den letzten Jahren massiv durchgeführt wurde. Mit der Festschreibung dieser Politik in den Verträgen zum WTO-Beitritt wurde auch formal die Politik der ersten Reformjahrzehnte verlassen, in einem sich entwickelnden kapitalistischen Umfeld Kernbestände sozialistischen Eigentums zu bewahren.

Aufgrund der schlechten ökonomischen Verhältnisse vieler Betriebe (oft verschleiert durch »weiche« Kredite der Staatsbanken) sowie von Korruption und Missmanagement entstehen zahlreiche Proteste von Belegschaften, über deren genaues Ausmaß keine öffentlichen Informationen zugänglich sind. Demos und Protestaktionen entlassener Arbeiter sind heute in China ein alltägliches Bild, sie werden von den lokalen Behörden zumeist auch toleriert. Ausländische

ArbeiterInnen in einer Elektronikfabrik in Südchina – typisch für kleine Sweatshops

Medien berichten hierüber gelegentlich, Berichte über Miss-handlungen von Arbeitern und kleinere Arbeiterproteste finden sich aber auch immer wieder in chinesischen Lokalzeitungen. Deutlichster Ausdruck dieser Entwicklung waren bisher die aufstandsartigen Protestbewegungen in den Schwer- und Ölindustriegebieten Nordostchinas, die im Frühjahr 2002 in den Städten Liaoyang und Daqing Zehntausende von Arbeitern wochenlang auf die Straße brachten. Diese Konflikte sind aber trotz ihrer zahlenmäßig erheblichen Dimensionen bislang regional beschränkt geblieben. Eine breite politische Bewegung gegen Privatisierungsmaßnahmen gibt es nicht.

Aber auch im Privatsektor haben sich in den letzten Jahren Konflikte gehäuft. Sichtbar ist dies etwa in der Bauindustrie in den Großstädten, in der ähnlich wie bei uns heute überwiegend Subunternehmen mit Wanderarbeitern beschäftigt sind. Dem chinesischen Bauministerium zufolge sind ungefähr 30 der 38 Million Bauarbeiter des Landes Wanderarbeiter. Klagen über verspätete oder ausgebliebene Lohnzahlungen sind in diesem Bereich in ganz China an der Tagesordnung. Seit einiger Zeit wird hierüber in den regionalen und nationalen Zeitungen ausführlich berichtet, offenbar auch als Reaktion auf spektakuläre Protestaktionen von Bauarbeitern, die sich auf Hochhausbaustellen an Kränen anketteten oder mit Selbstmord drohten. Die Regierung in Peking hat inzwischen bekannt gegeben, dass etwa ein Drittel der landesweit umgerechnet etwa 17,5 Mrd. Euro an ausstehenden Lohnzahlungen im Baubereich auf staatliche Stellen entfallen (South China Morning Post, 27.8.2004).

Ausdruck der veränderten Lage ist auch die rasant gewachsene Zahl von Klagen bei den staatlichen Arbeitsgerichten. Vor allem in den kaum organisierten Privatbetrieben aller Größenordnungen benutzen Arbeiter die neuen rechtlichen Institutionen als Widerstandsvehikel, allerdings entstehen dabei selten längerfristige Zusammenhänge organisierter Aktion. Eine zunehmende Rolle spielen dabei aber Rechtsanwälte, die Journalisten lokaler Medien und als NGO's auftretende Unterstützungsorganisationen, die Klagen von Arbeitern in der Öffentlichkeit vertreten.

Besonders zugespitzt ist die Situation in den zentralen Standorten der Exportproduktion, in denen die von ausländischem oder chinesischem Privatkapital geführten Betriebe fast ausschließlich Arbeitsmigranten (zumeist junge Frauen) beschäftigen. Die massivste Konzentration solcher Betriebe findet sich in der Provinz Guangdong in Südchina, wo nach

jüngsten chinesischen Angaben etwa 26 Mio. Arbeitsmigranten leben. In der Textil-, Schuh- und Elektronikproduktion finden sich hier Betriebe mit bis zu 80.000 ArbeiterInnen, die zum übergroßen Teil in Fabrikwohnheimen untergebracht sind und Monatslöhne von 50 – 80 Euro erhalten. Diese Region hat heute die mit Abstand höchste Zahl an registrierten Arbeitsgerichtsklagen. In den letzten Jahren ist es hier zu einer deutlichen Häufung von Arbeitskämpfen gekommen – zumeist spontane Streiks kleinerer Belegschaftsgruppen mit der Forderung nach Lohnnachzahlungen oder besseren Bedingungen in Wohnheimen. Diese Streiks – so berichtet die Presse in Hong Kong – würden derzeit um sich greifen wie im Jahre 2003 die SARS-Epidemie.

Partei und Gewerkschaften: Lernen von Singapur, Japan und der Sozialdemokratie?

Die mit der Weltmarktöffnung entstandenen sozialen Widersprüche versucht der chinesische Staat durch eine soziale Abfederung des Beschäftigungsabbaus und den Aufbau eines (wenn auch bescheidenen) staatlichen Sozialsystems nach westlichem Muster im Zaum zu halten (Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung). Für die bei den Staatsbetrieben entlassenen ArbeiterInnen werden verschiedene Formen von Beschäftigungsgesellschaften und Umschulungsmaßnahmen angeboten, wie man sie zum Teil auch aus europäischen Ländern kennt. Die Leistungen sind zwar gering, der Umfang dieser Maßnahmen ist aber erheblich. So gab es nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit in der ersten Hälfte des Jahres 2004 1,96 Mio. Entlassungen in Staatsbetrieben (eine relativ geringe Zahl verglichen mit früheren Jahren). Davon seien 1,22 Mio Beschäftigte in Beschäftigungs- oder Umschulungsmaßnahmen aufgefangen worden, in denen bescheidene Summen zur Sicherungen existenzieller Grundbedürfnisse und die Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt werden.

Mit dem Aufbau eines staatlichen Systems der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung wird auf die zunehmende Auflösung der Betriebe bzw. Arbeitseinheiten (danwei) als Träger der sozialen Versorgung reagiert. Das Ende der lebenslangen Beschäftigung in einem Betrieb und der daran geknüpften »eisernen Reisschüssel« zwingt, die Sicherung der Reproduktionsgrundlagen der Arbeitskraft auf den Staat bzw. die dafür neu geschaffenen Institutionen zu verlagern. Als Vorbild gilt dabei nicht zuletzt das Sozialversicherungssystem der BRD. Deutsche Organisationen wie die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) leisten umfangreiche Beratungstätigkeit, die auch mit erklecklichen Beträgen aus dem Bundeshaushalt unterstützt wird. Inzwischen wurden die gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen für ein System geschaffen, das ähnlich wie bislang bei uns in der BRD auf obligatorischen Beiträgen von Betrieben und Beschäftigten in staatlich kontrollierte Renten-, Kranken- und Arbeitslosenkassen beruht.

Bei der Umsetzung dieser Reformvorhaben stellen sich indes gewaltige Probleme, so die Überführung und Absicherung betrieblicher Versorgungssysteme an den Staat (bei einer großen Zahl bankrotter Betriebe), die mangelnde staatliche Kontrolle über die Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen in den Privatbetrieben, die fehlende Finanzbasis armer ländlicher Provinzen und die Benachteiligung von Migranten. Der Aufbau eines »Sozialstaates chinesischer Prägung« ist ein Projekt mit höchst unsicherem Ausgang,

das überdies auf eine dauerhafte Fortsetzung des raschen Wirtschaftswachstums angewiesen ist. Schon jetzt ist das System massiv unterfinanziert. Die nationale Regierung muß für die durch Arbeitslosigkeit und schlechte Beitragszahlungsmoral der Betriebe entstandenen Verluste mit hohen Summen einstehen – nach neuesten Zahlen betragen die Ausgaben für die Sozialversicherung nunmehr 15 – 20% des Regierungshaushaltes (Renmin Ribao, 17.9.2004).

In diesem Zusammenhang ist auch das Verhältnis von Arbeitern und Management im Betrieb grundlegenden Veränderungen unterworfen. Im Zuge des Ausbaus »marktwirtschaftlicher«, durch Arbeitsverträge geregelter Arbeitsbeziehungen wird auch in diesem Bereich die Schaffung bürgerlicher Rechtsverhältnisse vorangetrieben. Durch eine Reihe von Gesetzen wurden im Laufe der 1990er Jahre recht umfassende Garantien von Arbeitnehmerrechten im Betrieb geschaffen, welche die grundlegenden Aspekte des Arbeitsvertrages wie z.B. Rechtsgültigkeit, Kündigungen, Abmahnungen, Arbeitszeiten, Urlaubsansprüche, Arbeitssicherheit und Sozialversicherungsbeiträge regeln. Die darin festgelegten Standards entsprechen weitgehend denen entwickelter Industrieländer. Das Problem ist allerdings die Überwachung. Die Gesetze regeln überwiegend die individuellen Ansprüche des Lohnabhängigen, sind aber oft nur unbestimmt und vage hinsichtlich der kollektiven Institutionen zu deren Durchsetzung, wie z. B. Tarifverträge und betriebliche Aktionsmöglichkeiten der Belegschaften.

Trotzdem ist mit dem Umbau der Rechtsbeziehungen am Arbeitsplatz auch ein grundlegender Umbruch in der Rolle der Gewerkschaften angesagt. Grundsätzlich sollen Gewerkschaften nicht mehr als Teil der Betriebsorganisation agieren, wie allgemein aus staatsbürokratischen Planwirtschaften bekannt, sondern als Interessenvertretung der Beschäftigten mit einer gewissen Eigenständigkeit gegenüber dem Management. Die Meilensteine auf diesem Weg waren die Gewerkschaftsgesetze der Jahre 1992 und 2001, mit denen betriebliche Gewerkschaftsvertretungen mit Mitspracherechten bei der Überwachung gesetzlicher Bestimmungen und ein Schlichtungssystem für betriebliche Beschwerdefälle geschaffen wurden. Seit 2001 können auch Tarifverträge auf betrieblicher Ebene abgeschlossen werden. Überbetriebliche Tarifverhandlungen existieren indes nicht, ebensowenig ein formal festgeschriebenes Streikrecht (dieses war 1982 in der Anfangsphase der Reformen aus der Verfassung beseitigt worden). Streiks sind durch das Gesetz weder verboten noch erlaubt, werden aber in der Praxis durch die zuständigen lokalen Regierungen meistens toleriert.

Innerhalb von Gewerkschaften und Partei ist umstritten, ob die Gewerkschaften weiterhin »gesellschaftliche Organisationen« oder »Interessenverbände« sein sollen (so die offiziellen Begriffe). Als Modelle zur Vermittlung dieses Widerspruchs und zur Sicherung »harmonischer Arbeitsbeziehungen« werden dabei nicht zuletzt Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft nach skandinavischem oder deutsch-österreichischem Muster angesehen. Das Gewerkschaftsgesetz von 2001 sieht z. B. eine starke, an die deutsche Betriebsverfassung erinnernde rechtliche Absicherung der betrieblichen Arbeitnehmervertretung vor, die auch durch Freistellungen, Beitragszahlungen der Unternehmer und ein geregeltes innerbetriebliches Beschwerdeverfahren gestützt wird. Das Gesetz verpflichtet die Gewerkschaften indes ausdrücklich auf das Wohl des Unternehmens. Die

ehemaligen staatssozialistischen Einheitsgewerkschaften bekommen damit den Status einer organisatorisch geschlossenen, aber berufsständisch und am Betriebsinteresse ausgerichteten Arbeitnehmervertretung – vielleicht vergleichbar mit den Betriebsgewerkschaften in anderen asiatischen Industrieländern, namentlich Singapur, aber auch Taiwan oder Japan.

Die Gewerkschaften stehen allerdings vor massiven Problemen. Eine praktische Schwierigkeit bei der »von oben« vorangetriebenen Schaffung »normaler« Gewerkschaften liegt zunächst in der Gewinnung betrieblicher Kader und Aktivisten, wozu in vielen Bereichen seit etwa 2001 umfangreiche Schulungs- und Bildungsmaßnahmen abgehalten werden. Auch haben die betrieblichen Vertretungen keinerlei Erfahrungen mit der Aushandlung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen. Darüber hinaus stellt sich das Problem, wie die betrieblichen Arbeitsbedingungen in der Konkurrenz mit anderen Firmen und Standorten gesichert werden können – also die Frage nach betriebsübergreifenden Tarifverträgen und ihrer Durchsetzung auch mit den Mitteln des Arbeitskampfes. Ein nicht unerhebliches, aus neuerer deutscher Sicht durchaus vertrautes Problem ist dabei auch das fehlende Interesse der Unternehmerseite an der Schaffung von Verbänden und Organisationen, die als Tarifpartner der Gewerkschaften auftreten könnten.

Faktisch beschränkt sich der Einfluss der chinesischen Gewerkschaften weitgehend auf ehemalige oder noch-Staatsbetriebe. In weiten Bereichen der Privatwirtschaft, nicht zuletzt auch in den Weltmarktbetrieben des Ostens und Südostens, sind Gewerkschaften nicht vorhanden. Hier stellt sich ähnlich wie in anderen Niedriglohnländern die grundsätzliche Frage, wie aus dem durchaus vorhandenen Widerstand der neu rekrutierten Arbeitskräfte Strukturen betrieblicher oder gewerkschaftlicher Selbstorganisation entstehen können – angesichts der enormen Ausmaße dieser Produktionssektoren eine Aufgabe, der die chinesischen Gewerkschaften in ihrer existierenden Form wohl kaum gewachsen sind.

Neue Fragen internationaler Solidarität

Im Gegensatz zu der forcierten Einführung bürgerlicher Rechtsverhältnisse spielt der Ausbau bürgerlich-demokratischer Beteiligungsformen nur eine geringe Rolle bei der Reform der Staatsapparate in China. Dies entspricht zunächst einmal den Interessen der Partei- und Staatsbürokratien an der Erhaltung ihrer umfassenden Machtpositionen, aber auch denen der privaten Unternehmer bzw. des Auslandskapitals (von denen viele selbst diktatorische Methoden am Arbeitsplatz anwenden). Zugespißt gesagt entsteht in China zwar in raschem Tempo eine neue Bourgeoisie, die sich politisch aber eher auf die ihr gewährten breiten Spielräume beschränkt und die Machtausübung Staatsapparaten und Parteibürokratie auf lokaler und nationaler Ebene überlässt. Demokratiebewegungen »von unten« haben in der neuen bürgerlichen Klasse Chinas kaum echte Unterstützung – auch wenn die auslandschinesische Presse in Hong Kong, Taiwan oder Singapur einen anderen Eindruck zu erwecken versucht.

Dieses Kräfteverhältnis und die zugrunde liegenden historischen Erfahrungen der im Staatssozialismus erst geschaffenen chinesischen Arbeiterklasse prägen auch die veränderten Ausdrucksformen betrieblicher Arbeitskon-

flikte. Streiks und Arbeitskämpfe – die es in China auch unter dem Regime der Planwirtschaft periodisch in größeren Ausmaßen gegeben hat – wurden traditionell zumeist als »politische« Bewegungen geführt, oft in Verbindung mit Fraktionsauseinandersetzungen innerhalb der Partei (z.B. in den Arbeiterprotesten während der Kulturrevolution). Die aus Weltmarktöffnung und Privatisierung entstehenden Klassenkonflikte werden in China heute fast ausschließlich durch Forderungen an den Staat oder innerhalb von Staats- und Parteiapparaten ausgetragen. Diese sind allerdings darauf angewiesen, ein Minimum an politischer Legitimation als Vertreter der arbeitenden Klassen zu erhalten und geben deshalb auch häufig den Forderungen sozialer Bewegungen nach bzw. integrieren diese in ihre Politik.

Ein Beispiel dafür sind die anhaltenden Debatten um die Rolle der Arbeitsmigranten und die Reform der Meldegesetze. Das hukou-System dient dem Staat zwar nach wie vor zur Kontrolle über die Wanderungsbewegungen der Arbeitskräfte. Es trägt allerdings zunehmend zur sozialen Instabilität bei, insbesondere wegen der Entstehung »illegaler« Bevölkerungsgruppen in den Großstädten. Auch steht es dem Aufbau einer »normalen« kapitalistischen Sozialverfassung im Wege, u.a. weil die ArbeiterInnen ihre Beiträge in den reichen Küstenprovinzen abführen, die Sozialkassen der armen Heimatprovinzen aber für die Leistungen einstehen müssen. Auch verbaut der Gastarbeiterstatus vieler Wanderarbeiter den Gewerkschaften den Einfluss in den mit großen Migrantenbelegschaften arbeitenden Industriebetrieben, so dass auch die Grundlagen sozialpartnerschaftlicher Arbeitsbeziehungen in diesem Bereich fehlen. Als Reaktion auf diese Entwicklungen behandelt die chinesische Regierung unter Wen Jiabao seit einiger Zeit nunmehr die Probleme der Arbeitsmigranten als eine vordringliche Aufgabe, hinter den Kulissen wird auch über eine Reform des hukou-Systems diskutiert. Als Teil der Reformexperimente wurde auf dem Kongress des chinesischen Gewerkschaftsbundes im September 2003 auch beschlossen, dass Arbeitsmigranten nunmehr offiziell Mitglied der Gewerkschaft werden können.

Vor diesem Hintergrund bleibt die Situation in China von latenten Widersprüchen geprägt. Einerseits ist die Partei- und Staatsführung fähig, einen relativ hohen Grad politischer Stabilität zu erhalten, andererseits aber häufen sich

Protestaktionen und Widerstand am Arbeitsplatz. Eine wesentliche Frage wird sein, ob sich der gestiegene Widerstand gegen die Auswüchse kapitalistischen Betriebsmanagements und kapitalistischer Privatisierung zu einem übergreifend erfahrenen Klassengegensatz gegen das private Unternehmertum verdichtet. Welche Formen dies längerfristig annehmen kann, welche Rolle die Gewerkschaften dabei spielen werden und wie sich dies innerhalb von Partei- und Staatsapparat auswirkt, bleibt bis auf weiteres Spekulation. Erkennbar ist nur, dass es derzeit breitere Bewegungen für unabhängige Gewerkschaften oder andere Formen der Selbstorganisation der Arbeiterklasse außerhalb der offiziellen Gewerkschaften kaum gibt. Für die klassenbewussten Strömungen in der chinesischen Arbeiterschaft sprechen faktisch heute vor allem jene schwachen, aber durchaus vorhandenen Kräfte innerhalb und am Rande des Gewerkschaftsapparates, die für eine vollständige Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Partei und Regierung und für umfassende Organisations- und Streikrechte der Arbeiter eintreten.

Erkennen lassen sich aber einige wichtige Berührungspunkte mit der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Dazu gehört zum Beispiel die Frage der Arbeits- und Sozialstandards in den für den Weltmarkt produzierenden Industriebetrieben. Deren Einhaltung wird auch von chinesischer Seite (Gewerkschaften und NGO's) in zunehmendem Maße gefordert. Einige in Chinas tätige Multis, z.B. Nike, Reebok und Adidas, haben darauf inzwischen reagiert und bieten der chinesischen Regierung und Gewerkschaften und NGO's Zusammenarbeit auf diesem Gebiet an – in einigen Fällen wurden sogar vom Management kontrollierte Gewerkschaften in den betreffenden Betrieben eingeführt. Für die ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisierter Betriebe – zu denen auch die meisten Joint Ventures deutscher und anderer ausländischer Multis gehören – stellen sich heute erstmals viele gewerkschaftliche »Brot-und-Butter«-Fragen, die aus dem kapitalistischen Betriebsalltag vertraut sind. Die Erfahrungen klassenbewusster KollegInnen aus entwickelten kapitalistischen Ländern könnten sicherlich dazu beitragen, die Illusionen in eine Zusammenarbeit mit dem Kapital und die »Sozialpartnerschaft« westlichen Musters zu hinterfragen.